

**2009/028**  
**öffentlich**

Datum: 20.01.2009

## Sitzungsvorlage

| Beratungsfolge             | Datum      | TOP-Nr. |
|----------------------------|------------|---------|
| Haupt- und Finanzausschuss | 03.02.2009 |         |

### Betreff

Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 19. Januar 2009;  
Informationskampagne für Erstwählerinnen und Erstwähler

### Beschlussvorschlag

Siehe Antragstext.

Burkhard Kapteinat

Georg Wegner

## Sachverhalt



## Ratsfraktionen Castrop-Rauxel



### SPD-Ratsfraktion Castrop-Rauxel

Rathaus / Europaplatz 1  
44575 Castrop-Rauxel

( 02305 / 33013  
; 02305 / 12692

Herrn Bürgermeister  
Johannes Beisenherz  
Europaplatz 1

44575 Castrop-Rauxel

### Bündnis 90 / Die Grünen Grüne Ratsfraktion

Georg Wegner  
Bunsenstraße 3  
44579 Castrop-Rauxel

( 02305 / 437 88 64  
\* georg.wegner@googlemail.com

19.01.2009

Sehr geehrter Herr Beisenherz,

namens der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen bitten wir den folgenden Antrag in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03.02.2009 behandeln zu lassen.

### Beschlussvorschlag:

#### Informationskampagne für Erstwählerinnen und Erstwähler

Die Verwaltung wird beauftragt mit allen zu beteiligenden Fachbereichen ein Konzept für eine Informationskampagne für Erstwählerinnen und Erstwähler zur Kommunalwahl 2009 zu erstellen.

Einzubeziehen sind hierbei neben den beteiligten Fachbereichen der Verwaltung auch die Gremien der Jugendpartizipation der Stadt, wie zum Beispiel die Vertreter der Schüler selbstverwaltung, das KiJuPa, sowie die Lehrerinnen und Lehrer.

Die Kampagne soll Antworten liefern auf Fragen wie „Wer und was wird gewählt?“, „Wer darf wählen?“, „Wie wird gewählt?“ und „Warum soll ich wählen gehen?“. Informationen zur Funktion und Arbeit des Stadtrates und seiner Ausschüsse, des Bürgermeisters, der Fraktionen, sowie zu Handlungsmöglichkeiten und Entscheidungskompetenz von Kommunalpolitik sollen ebenfalls Bestandteil sein.

### Begründung:

Wie die 15.Shell-Jugendstudie 2006 zeigt, ist das Interesse an Politik bei Jugendlichen trotz eines leichten Anstiegs im Vergleich zur letzten Shell-Jugendstudie (2002) weiterhin niedrig ausgeprägt. Die für Jugendliche im Alter von 15 und 24 vorliegende Zahlenreihe belegt, dass der Anteil an politisch Interessierten von 55% im Jahre 1984 bzw. 57% im Jahre 1991 auf inzwischen 39% gesunken ist. Bei der letzten Shell-Jugendstudie wurde mit 34% für das Jahr 2002 sogar ein noch niedrigerer Wert festgestellt. Politik, Schule, Jugendarbeit und Verwaltung sind daher aufgefordert, eine Annäherung zwischen jugendlichen Wählenden und Zu-Wählenden zu ermöglichen, mit dem Ziel, Jugendliche zur echten Teilhabe an politischen Prozessen zu befähigen. Demokratie ohne eine breite Legitimation durch alle Teile der Bevölkerung wird auf Dauer beschädigt oder gefährdet.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Burkhard Kapteinat  
SPD Ratsfraktion

gez. Georg Wegner  
Grüne Ratsfraktion